

Gewissensfreiheit in der kommunistischen Erziehung der DDR eine zentrale Frage des Zusammenlebens von Christen und Marxisten sei. Sachgespräche der Kirchenleitungen mit Staatsvertretern seien darum „dringend erforderlich“. Als Ausdruck des gewachsenen Vertrauensverhältnisses zwischen den Kirchen in der DDR und Polen, „das auch unter komplizierten Bedingungen nicht aufgegeben werden darf“, bezeichnete die Synode die Hilfssendungen für polnische Gemeinden und kirchliche Einrichtungen. Nachdem die Forderung junger Christen in der DDR nach der Ermöglichung eines *sozialen Friedensdienstes* als Alternative zum Wehrdienst zunächst in nichtöffentlicher Sitzung diskutiert worden war, verabschiedete die Synode schließlich mit großer Mehrheit eine *Entschließung zur Friedensverantwortung*, in der die Kirchenleitungen aufgefordert wurden, in Gesprächen mit Staatsvertretern erneut nach Möglichkeiten zu suchen, wie der Forderung nach einem zivilen Wehrersatzdienst Rechnung getragen werden könne. Mit ihrem Anliegen werde von den Jugendlichen der Kirche besonderes Vertrauen entgegengebracht, das sehr ernst genommen werde.

Unter dem Titel „Rüstung und Entwicklung“ hat die Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für Kirchlichen Entwicklungsdienst einen Diskussionsbeitrag zur Problematik des Rüstungsexports vorgelegt. Ausgehend von der Feststellung, daß nicht erst Gebrauch und Einsatz, sondern bereits Produktion, Lieferung und Erwerb von Waffen die Überlebenschancen von Millionen Menschen *auch materiell* gefährdeten, werden die in der gegenwärtigen Diskussion vorgebrachten Argumente für Waffenexporte in Entwicklungsländer kritisch geprüft. Dem Argument, Entwicklungsländer hätten wie die Industrieländer ein Recht auf Selbstverteidigung und deshalb könnten ihnen Waffenlieferungen nicht prinzipiell verweigert werden, wird entgegengehalten, daß der Anspruch auf nationale Unversehrtheit besser durch die *Förderung und Schaffung handlungsfähiger internationaler Gremien, kollektiver Bündnisse und regionaler Zusammenschlüsse* gesichert werden könne. Der Versuch, auch in der

Dritten Welt militärische Gleichgewichte aufzubauen, führe erfahrungsgemäß zu einer Rüstungsdynamik, die die Handlungsspielräume von Politikern einenge. Dem Hinweis auf die Notwendigkeit von Rüstungslieferungen angesichts der Auswirkungen der Ost-West-Auseinandersetzungen auf die Dritte Welt wird entgegengehalten, die Ost-West-Auseinandersetzungen erschweren die Lösung der ohnehin komplizierten Probleme der Länder der Dritten Welt. Waffen gehörten nicht nur für die Empfänger zu den gefährlichsten Exportgütern, sondern seien auch für Lieferländer gefährlich: „Die zahlreichen Kriege in der Dritten Welt seit 1945 zeigen, daß mehr Waffen nicht mehr Sicherheit bedeuten und die Einflußmöglichkeiten von Waffenlieferländern begrenzt sind.“ Angesichts der ruinösen Verschuldung vieler Entwicklungsländer sei die Ausweitung des Waffengeschäfts *entwicklungspolitisch eine Investition in verkehrter Richtung*. Zum Argument, die Bundesrepublik dürfe als wichtiger Käufer von Öl und Rohstoffen die militärische Sicherheit der Lieferländer nicht prinzipiell anderen überlassen, wird darauf hingewiesen, daß die bisher eindeutig restriktive Haltung der Bundesrepublik in Fragen der Rüstungsexporte in die Dritte Welt in bilateralen und internationalen Verhandlungen zu Klarheit und Glaubwürdigkeit deutscher Politik beigetragen und Spielraum für alternative Sicherheitsüberlegungen eröffnet habe. Auf eine Koppelung von Rohstofflieferungen und Abnahme von Industriegütern durch die eine mit Lieferung von Rüstungsgütern durch die andere Seite einzugehen, sei ethisch unannehmbar. Das Papier kommt zu dem Schluß: „Die Bundesregierung und die im Bundestag vertretenen Parteien sollen an den Rüstungsexportbeschränkungen festhalten und sie konsequent handhaben.“ Bemühungen um Umstellung militärischer auf zivile Produktion, insbesondere im Schiffsbau, sollten unterstützt werden. Zur Aufgabe der Kirchen wird ausgeführt, daß in den westlichen Rüstungsexportländern eine gegenseitige und gemeinsame Beratung der Kirchen dringlich sei. Die EKD und ihre Gliedkirchen sollten ihren geistlichen und finanziellen Beitrag zu Frieden und Gerechtigkeit in der Welt durch umfassende Hilfen deutlich verstärken.

## Bücher

EUGEN BISER, *Der Zeuge*. Eine Paulus-Befragung. Verlag Styria, Graz – Wien – Köln 1981. 336 S. 55.– DM.

Eugen Bisers Paulusbuch geht von der Voraussetzung aus, wer mit dem Völkerapostel über Sinn und Gestalt seiner Botschaft ins Gespräch kommen wolle, müsse in den Kernbereich vorstoßen, dorthin, „wo er, der apostolische Partner, selbst ein Hörender und Vernehmender ist“. Daher findet Biser den hermeneutischen und sachlichen Schlüssel zur Deutung im Damaskuserlebnis, das er durch eine Verschränkung der Leitbegriffe Offenbarung und Auferstehung zu fassen versucht. Sein Buch ist letztlich eine in verschiedenen Anläufen vorgenommene Explikation des von der entscheidenden Wende durch die Christusbegegnung her gedeuteten Existenzakts des Apostels. Einem Kapitel über die Berufung folgen Abschnitte über die Lebensgestalt, die theologische Konzeption, das Glaubensverständnis, die Verkündigung und den Dienst des „antwortenden Zeugen“ Paulus. Die letzten beiden Kapitel, an die sich noch ein Abschnitt über die Eigenart der

Paulusbriefe als Medium der Verkündigung anschließt, zeigen, wo neben der Konzentration auf das „Urerlebnis“ der zweite Schwerpunkt von Bisers Entwurf liegt: Es geht ihm um Probleme religiöser Kommunikation, die sich an Paulus, der den Übergang von der direkten zur durch das Medium Brief vermittelten Verkündigung markiert, in besonderer Weise herausarbeiten lassen. Gerade diese doppelte Konzentration macht zweifellos die Stärke dieses eigenwilligen Buchs aus. Biser vermag nicht zuletzt durch seine Formulierungskunst und eine große gedankliche Klarheit die Faszination, die Paulus auf ihn ausübt, auf den Leser zu übertragen. Die zahlreichen Stellen aus den Briefen des Apostels werden nicht exegetisch auseinandergenommen, sondern primär auf ihre Sprachleistung befragt und ganz und gar aus der Einheit von Person und Verkündigung gedeutet. Diese Art der Paulusbefragung, die den hermeneutischen Brückenschlag durch die Verwendung des Vokabulars der Glaubens- und Existenzanalyse versucht und den Existenzvollzug des Apostels in engagierter Weise gleichsam nachmeditiert, hat allerdings auch ihre blind-

den Flecken. Der theologische und gesellschaftliche Kontext des frühen Christentums tritt weitgehend in den Hintergrund, nach der Herkunft der paulinischen Theologumena und Interpretamente wird nicht gefragt. Letztlich wären an Bisers Buch wohl vor allem zwei Fragen zu stellen. Einmal nach der Angemessenheit einer Paulusdeutung, die sich ihr Zentrum so exklusiv im Damaskuserlebnis sucht, zum anderen nach seiner Betonung der einzigartigen Stellung des Apostels, dem Unüberholbarkeit attestiert wird. Seiner „Gesprächsbereitschaft“ seien grundsätzlich keine Grenzen gezogen. Solche Anfragen mindern nicht die Leistung Bisers, der zu Anfang und zum Schluß seines Buchs mit Recht auf die Schwierigkeiten hinweist, die die Kirche von Anfang an mit Paulus und seiner schwer integrierbaren Verkündigung hatte.

U. R.

**Frieden in Sicherheit.** Zur Weiterentwicklung der katholischen Friedensethik. Hrsg. von Norbert Glatzel und Ernst Josef Nagel. Verlag Herder, Freiburg – Basel – Wien 1981. 288 S. 45.– DM.

Diese Schrift, die dem aus dem Amt scheidenden Militärgeneralvikar *Martin Gritz* zu dessen 65. Geburtstag gewidmet ist – man wird nicht so begriffstutzig sein, darin ein sachliches oder gar personelles Paradox sehen zu wollen –, erscheint in gewissem Sinne gerade zu rechten Zeit. In einer Phase, in der pazifistisches Gedankengut besonders unter jüngeren Leuten auch bei Katholiken verstärkt Resonanz findet, ist jede wissenschaftliche und publizistische Hilfe, die Orientierung über das bietet, was die katholische Kirche durch Lehramt und Theologie zur Entwicklung einer modernen Friedensethik beigetragen hat und beiträgt, zu begrüßen. Der Untertitel läßt ein Programm vermuten, das man so in den 11 vorwiegend historischen, zeitgeschichtlichen und systematischen Gesichtspunkten kirchlicher Friedensethik gewidmeten Beiträgen nicht vorfindet. Der Band konzentriert sich vielmehr ganz entschieden auf die bisherige Entwicklung katholischer Friedensethik und auf die Analyse der dort insbesondere angesichts der drohenden atomaren Auseinandersetzung vorgenommenen, um die Theorie vom „bellum iustum“ kreisenden Akzentverschiebungen. Dabei sind vor allem die Beiträge von *Harald Oberhem* („Zur Kontroverse um die bellum iustum-Theorie in der Gegenwart“) und von Mitherausgeber *Norbert Glatzel* („Neueste kirchliche Lehrverkündigung zur Sicherheits- und Rüstungsdebatte ab 1945“) als Einführungen in ein sowohl von der Theologie wie von der kirchlichen Publizistik vielfach vernachlässigtes Problemfeld von besonderem Interesse. Von einer Gesamtdarstellung katholischer Friedensethik zu sprechen wäre in bezug auf den vorliegenden Band allerdings übertrieben und zugleich untertrieben. Für eine wissenschaftliche Abrundung der Thematik fehlt eine nicht nur analysenhaft sporadische Berücksichtigung von Minderheitenpositionen, auch wenn beispielsweise der Beitrag von *Hans Theo Risse* und *Hans Jürgen Möller* („Zum Stand der christlichen Friedensarbeit“) einen sehr sachlich und informativ gehaltenen Überblick über die verschiedenen „Handlungsträger“ christlicher Friedensarbeit gibt. Zum anderen sind unter der Rubrik „Gegenwartsanalyse“ politologische (*Hans Buchheim*), völkerrechtliche (*Otto Kimminich*) und wehrpolitische (General a. D. *Franz-Joseph Schulze*, der übrigens die deutschen Bischöfe auf ihrer Frühjahrsvollversammlung 1981 einen Tag lang über wehrpolitische Sachverhalte unterrichtete) Beiträge aufgenommen, die als Hilfe zur Klärung der Sachlage sehr wohl von friedensethischer Relevanz sind, aber nicht kirchliche Friedensethik im eigentlichen Sinn behandeln. Gerade diese Beiträge erhöhen aber den Informationsgehalt des Bandes, dessen größter Wert nicht zuletzt sein sehr sachlicher Stil ist.

D. S.

PETER BENDER. *Das Ende des ideologischen Zeitalters.* Die Europäisierung Europas. Verlag Severin und Siedler, Berlin 1981. 272 S. 32.– DM.

Ist in politischen, wissenschaftlichen oder journalistischen Veröffentlichungen von Europa die Rede, so kann man in der Regel davon ausgehen, daß mit diesem Begriff meist die westlich der Staaten des Warschauer Pakts gelegenen Länder gemeint sind und oft genug auch dann nur an die Mitgliedstaaten der europäischen Gemeinschaft gedacht wird. Nicht so in einer Publikation, die vor allem in Kreisen der SPD auf größtes Wohlwollen zu stoßen scheint: *Egon Bahr* hielt das Buch im „Merkur“ (August 1981) für eine der fünf wichtigsten Neuerscheinungen dieses Jahres und *Herbert Wehner* sah in ihm soviel richtungsweisende Substanz, daß er jedem SPD-Bundestagsabgeordneten ein Exemplar zukommen ließ. Neu ist Benders Europa-Begriff nicht, erstmals aber wird er einer umfassenden Analyse der gegenwärtigen welt-politischen Situation und den sich daraus für die europäischen Länder sowohl des westlichen als auch des östlichen Einflußbereichs ergebenden Folgen, Anforderungen und Möglichkeiten zugrunde gelegt. Bender gibt in seinen Thesen einer Stimmung Ausdruck, die sich in den vergangenen Monaten besonders in der sogenannten Friedensbewegung verbreitet hat. Sie kann zugespitzt auf die Formel gebracht werden: die europäischen Staaten sollten sich aus der Rivalität der beiden Supermächte heraushalten, zugleich aber die Initiative ergreifen, „wenn sie zur Vermittlung oder Verständigung irgendwo nützlich sein können“. Für diese Strategie werden eine Reihe von Gründen angeführt: Eine „Entideologisierung“ der beiden Blöcke habe in den vergangenen Jahren stattgefunden. Im Osten trete an die Stelle des kommunistischen Glaubens immer stärker die Nachahmung der materiellen Errungenschaften des Westens, im Westen sei die Furcht vor dem Kommunismus einer eher vagen Sorge über das sowjetische Machtstreben gewichen. Gleichzeitig habe sich das Verhältnis der europäischen Länder zu ihrer jeweiligen Vormacht geändert, dadurch entstünden politische und ideologische Freiräume. Da der europäische Kontinent von drei wesentlichen Hemmfaktoren einer gemeinsamen Interessenwahrnehmung – der ideologischen Spaltung, dem „explosiven Nationalismus“ und „einem nicht ausgleichbaren deutschen Übergewicht“ – befreit sei, verblieben die Macht- und Sicherheitsbestrebungen der beiden Großmächte die einzigen Hindernisse auf dem Weg zu einer europäischen Politik. Für diese „Europäisierung Europas“ entwickelt Bender ein Minimalkonzept in vier Schritten, die „von der akuten Notwendigkeit bis zu einem sehr fernen Idealzustand“ reichen. Erstes Gebot sei gegenseitiges Vertrauen, eine zweite Stufe wäre erreicht, wenn die europäischen Länder trotz ihrer Bündnispflichten eine „feste“ Rolle“, d. h. mehr Eigenständigkeit gegenüber den Großmächten, entwickeln würden. Eine dritte Stufe: die Ereignisse in Polen seien als Anfang einer Reihe von Prozessen zu sehen, mit denen der Ostblock in den nächsten Jahren konfrontiert werde; das sowjetische Imperium sei nur noch „durch Lockerung zu festigen“. Nur ahnen läßt Bender die Umstände, unter denen die vierte Stufe erreichbar würde: die Verschärfung des Nord-Süd-Gegensatzes bringe die Industriestaaten einander näher, der Aufstieg Chinas werde auch die USA beschäftigen und die Stabilisierung der europäischen Verhältnisse könne den Europäern und auch den Großmächten das Risiko eines Truppenabzugs tragbar erscheinen lassen. Mit seiner Einschätzung, daß es möglich erscheine, „den jahrhundertelangen Prozeß der Europäisierung Rußlands zu unterstützen und daran mitzuwirken, daß er nicht zur Amerikanisierung gerät“, dürfte der Autor die gegenwärtigen Möglichkeiten Europas jedoch weit überschätzt haben.

C. R.